UNABHÄNGIG BLEIBEN!

Cannabis-Regulierungsmodelle

- Ein Überblick

Nationale Strategie Drogen und Suchtpolitik

„Regulierung“ taucht lediglich in Zusammenhang mit Angebotsreduzierung im Allgemeinden sowie hinsichtlich der Bedingungen von (Online)-Glücksspielangeboten sowie hinsichtlich der Inhaltsstoffe von Zigaretten auf

Bild: Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung

FACHSTELLE FÜR SUCHTPRÄVENTION IM LAND BERLIN

Eckpunkte zur Ausgestaltung der Drogen- und Suchtpolitik - Auszug

«individuelle Hilfebedarfe»

«gezielte Angebote für riskant Konsumierende»

- Der Mensch im Mittelpunkt
- Prävention auf Risikogruppen ausrichten
- Frühintervention ausbauen
- Passgenaue Beratung und Behandlung

„maßgeschneiderte Hilfen...neue spezialisierte Hilfen oder Angebote zu schaffen“

„Zu wenig suchtkranke Menschen werden durch das Hilfesystem rechtzeitig erreicht“

FACHSTELLE FÜR SUCHTPRÄVENTION IM LAND BERLIN

Eckpunkte zur Ausgestaltung der Drogen- und Suchtpolitik - Auszug

„Forschung in enger Kooperation mit Versorgungseinrichtungen“

- Forschung gezielt ausrichten
- Maßnahmen evaluieren

„wissenschaftliche Begleitforschung muss selbstverständlicher Bestandteil der Maßnahmenentwicklung sein“

- Gesetzgebung, wo sie erforderlich ist

„Gesetzgeberische Maßnahmen müssen auf die neuen Herausforderungen adäquate Antworten finden“

Zielsetzung einer Regulierung

- Entkriminalisierung von Konsument*innen
- Schaffen sozialer Gerechtigkeit im Vergleich zu Alkoholkonsument*innen
- Frühzeitiges Erkennen von und Zugang zu problematisch Konsumierenden
- Erleichterung von Präventionsaktivitäten

  ➡ Ausbau der indizierten Prävention für Menschen mit einem riskanten Cannabiskonsum*
- Senkung der Drogenkriminalität und Einsparung von Staatsausgaben für Strafverfolgung
- Steuereinnahmen

* Ziel aus der Nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik

Zielsetzung einer Regulierung

- Ausdünnen des Schwarzmarktes
- Trennung des Marktes von dem für andere, gefährlichere illegale Drogen

➡ Nachhaltige Bekämpfung der Netzwerke international organisierter Drogenkriminalität

* Ziel aus der Nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik

Zielsetzung einer Regulierung

- Verbesserung des Jugendschutzes
- Schadensminimierung durch
  - Qualitätskontrollen (Pestizide, Schimmel etc.),
  - Steuerung THC-/Cannabidiolgehalt,
  - Beförderung risikoärmerer Konsumformen
- Anstoß und Möglichkeit, notwendige Regelungen zu treffen (z.B. Straßenverkehr, Konsum im öffentlichen Raum, Passivrauchen)

➡ Stärkung der gesundheitspräventiven Effekte in den Angeboten zur Schadensminimierung*

* Ziel aus der Nationalen Strategie zur Drogen- und Suchtpolitik

Regulierungsmodelle

- Marktwirtschaftliches Modell
- Selbstversorgung
- Staatliches (Quasi-)Monopol

Pro / contra Marktwirtschaftliches Modell

- Potenzial, Schwarzmarkt kurzfristig weitgehend zu ersetzen
- generiert erhebliche Steuereinnahmen
- Entlastung der Staatskassen
- entstigmatisiert Konsum

- Streben nach steigendem Umsatz und damit steigendem Konsum
- wirtschaftliche Interessengruppen wirken staatlichen Regulierungsbestrebungen entgegen

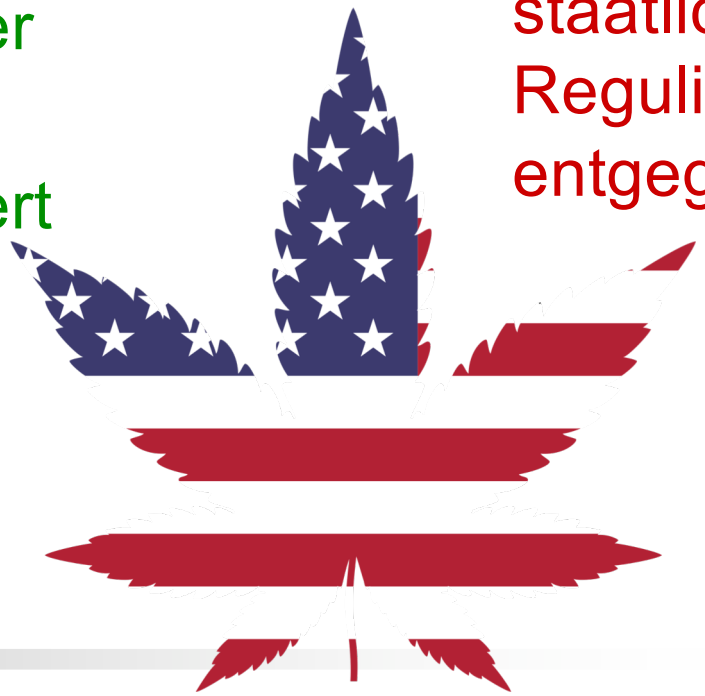

Bild: Gordon Johnson/pixabay

FACHSTELLE FÜR SUCHTPRÄVENTION IM LAND BERLIN

Pro / contra Selbstversorgung

- Cannabis Social Clubs (CSC) haben Potenzial, erheblichen Anteil des Schwarzmarktes zu übernehmen
- Marktregulierung, da keine Gewinnorientierung und kein Zugang für Nichtkonsumierende
- Kontrollen können über Steuereinnahmen finanziert werden
- keine Werbung neuer Konsument*innengruppen

- Konsum an Subkulturen gebunden
- Eigenanbau (ohne CSC) würde nur Teil des Bedarfs decken

Bild: Barcelona Cannabis Social Club/Screenshot von youtubefilm

FACHSTELLE FÜR SUCHTPRÄVENTION IM LAND BERLIN

Pro / Contra staatliches (Quasi-)Monopol

- Einnahmen gehen an den Staat
- ermöglicht konsequente Qualitätskontrolle und Gesundheitsschutz
- Zugang zu problematisch Konsumierenden durch öffentliche Stellen erleichtert

- Komplexe Regelungen bzw. Strukturaufbau nötig (längerfristiger Prozess)
- Rollenkonflikt: „Staat als Dealer“
- evtl. Konflikt mit dem heutigen Zeitgeist

Bild: Montage Fachstelle, OpenClipart-Vectors/pixabay; isuru prabath/pixabay

Bild: Dean Moriarty/pixabay

FACHSTELLE FÜR
SUCHTPRÄVENTION
IM LAND BERLIN

Notwendige Maßnahmen zum Gesundheitsschutz

- Regelung des Anbaus von Cannabis (staatlich, Lizenzen?)
- Festlegen von Qualitätskriterien / Normen (THC-/CBD-Gehalt, biologischer Anbau…)
- Gewährleistung von Produktkontrollen
- Marktregulierung
  - ggf. Bewirtschaftung des Cannabismarktes durch NGOs
  - staatliche Einflussnahme auf Preise (Steuern, Lizenzgebühren)
  - Besteuerung orientiert an Gefährlichkeit
  - Beschränkung von Größe und Anzahl Verkaufsstellen
  - Limitierung Öffnungszeiten
  - Begrenzung der Verkaufs- und Besitzmengen

Notwendige Maßnahmen zum Gesundheitsschutz

- Einhaltung von Mindestabständen von Verkaufsstellen zu Schulen etc.
- Verkauf durch geschultes Personal
- Verkaufsverbote für Minderjährige
- Werbebeschränkungen bzw. -verbote
- Konsumbeschränkungen im öffentlichen Raum
- Verbot konsumfördernder Produkte (z.B. Cannabis in Süßigkeiten)

Notwendige Maßnahmen zum Gesundheitsschutz

Intensivierung der Präventionsaktivitäten

Bild: Fachstelle für Suchtprävention Berlin

FACHSTELLE FÜR SUCHTPRÄVENTION IM LAND BERLIN

...was noch zu regeln wäre

- Definition von realistischen Grenzwerten für THC beim Führen von Kraftfahrzeugen (mit Aussagekraft über Fahreignung bzw. deren Einschränkung)
- Beurteilung der Eignung zum Führen eines Fahrzeuges bei Cannabiskonsument*innen analog Alkoholkonsument*innen
- ...

Bild: pxhere.com/cc0-Lizenz

Herzlichen Dank!

Anke Schmidt
c/o Fachstelle für Suchtprävention Berlin

schmidt@berlin-suchtpraevention.de

FACHSTELLE FÜR SUCHTPRÄVENTION IM LAND BERLIN